

## Beschluss Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

1 An vielen Orten in unserem Land sind die offenen Baustellen des Auf-Verschleiß-  
2 Fahrens immer noch spürbar. Vom undichten Schuldach bis zu einsturzgefährdeten  
3 Brücken, zu wenigen Ärzt\*innen auf dem Land und nicht ausreichenden Kita-  
4 Plätzen. Gleichzeitig belasten steigende Mieten und hohe Lebensmittelpreise  
5 nicht die Handvoll der reichsten Deutschen, sondern vor allem die Menschen, die  
6 ohnehin schon jeden Cent umdrehen müssen. Wenn die Mehrheit der Bürger\*innen  
7 nicht das Gefühl hat, dass ihr Leben besser wird, gerät der gesellschaftliche  
8 Zusammenhalt aus den Fugen. Wo nicht ausreichend investiert, wo jedes fünfte  
9 Kind von Armut bedroht oder betroffen ist, wo das Land und seine Menschen  
10 kaputtgespart werden, da gedeiht der Rechtspopulismus.

11 Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt

12 Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte, magerer Binnennachfrage und  
13 Reallohnverlusten gefährden Kanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Teile der  
14 CDU/CSU nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und  
15 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn  
16 ohne die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft  
17 und eine soziale Abfederung ist die Transformation in Gefahr.

18 Mit dem Deutschlandticket, der Erhöhung von Mindestlohn und Kindergeld, dem  
19 Startchancenprogramm, vier Milliarden Euro für bessere Kinderbetreuung, den  
20 umfangreichen Förderungen für klimafreundliches Heizen oder die Strom- und  
21 Gaspreisbremsen haben wir GRÜNE in der Bundesregierung in den vergangenen Jahren  
22 dagegen gehalten und immer wieder konkrete Lebensverbesserungen für viele  
23 Menschen durchgesetzt. Gemessen an dem, was nötig wäre, reicht das aber nicht.

24 Wir brauchen eine politische Agenda für ein Land, das funktioniert und bezahlbar  
25 ist. Eine Agenda für gute öffentliche Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und für  
26 höhere Löhne.

27 Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung  
28 der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz  
29 Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-  
30 ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und  
31 Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und  
32 sozialer Gerechtigkeit. Andauernde internationale Herausforderungen und  
33 Aggressionen zwingen uns dazu, in Zukunft unsere innere und äußere Sicherheit  
34 weiter zu stärken. Das verlangt große staatliche Investitionen.

35 Nicht nach unten treten, sondern gesellschaftliche Lasten fair verteilen

36 Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und  
37 wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf  
38 diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Verlustängste und Unsicherheit,

39 ausgelöst durch Jahre wirtschaftlicher und politischer Krisen von Corona bis  
40 Ukraine, schaffen hier einen gefährlichen Nährboden für das perfide politische  
41 Spiel des gegeneinander Auspielens ohnehin marginalisierter Gruppen und des  
42 Schürens von Ressentiments gegen Bürgergeldbeziehende oder Geflüchtete. Das  
43 machen wir GRÜNE nicht mit. Es ist ungerecht, wenn Multi-Millionäre anteilig  
44 weniger Steuern zahlen als Facharbeiter\*innen und wenn die reichsten 1% in  
45 Deutschland insgesamt mehr Vermögen haben als 90% der restlichen Menschen  
46 zusammen. In fast keinem anderen Land der EU ist die Vermögenskonzentration so  
47 stark wie in Deutschland. Das heißt unter anderem: Reichtum wird nahezu  
48 vollständig vererbt und beruht nur noch selten auf Leistung. Dennoch werden  
49 Reiche gesellschaftlich bevorzugt. Nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch in  
50 der Berufswelt und beim Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen.  
51 Gleichzeitig ist ein Aufstieg mit Vermögensaufbau durch eigene Arbeit derzeit  
52 nahezu unmöglich.

53 Deswegen nehmen wir GRÜNE die Superreichen in die Verantwortung und rücken die  
54 Alltagsorgen der Menschen in den Mittelpunkt.

55 Unsere Vorschläge:

56 Schuldenbremse reformieren und Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen

57 Um das Gemeinwohl zu stärken, bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Diese  
58 sind notwendig, um in Bildung, Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zu  
59 investieren und so den Wohlstand für alle zu sichern. Ein entscheidender Schritt  
60 ist die Reform der Schuldenbremse. Angesichts des Investitionsstaus der letzten  
61 Jahre müssen wir jetzt handeln und kluge Investitionsentscheidungen treffen,  
62 damit wir den nachfolgenden Generationen ein modernes, funktionierendes und  
63 klimaneutrales Land ermöglichen. Wir schlagen für diese investiven Ausgaben eine  
64 Reform der Schuldenbremse und einen Deutschland-Investitionsfonds vor.

65 Wir müssen jedoch ebenfalls dafür sorgen, dass Menschen da sind, die sich um  
66 unser Zusammenleben kümmern. Lehrer\*innen und Erzieher\*innen, Busfahrer\*innen  
67 und Bademeister\*innen, Polizist\*innen und Sozialarbeiter\*innen. Sie alle werden  
68 gebraucht und sie alle haben gute Löhne und Arbeitsbedingungen verdient. Um  
69 diese laufenden Ausgaben zu finanzieren, wollen wir Gerechtigkeitslücken in  
70 unserem Steuersystem schließen.

71 Investitionen statt Investitionsbremse

72 Das aktuelle Regelwerk der Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse für  
73 Deutschland. Die Schuldenbremse muss reformiert werden, mit dem Ziel, die  
74 Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen  
75 getätigt werden, zu ermöglichen. Die Konjunkturkomponente muss für den nötigen  
76 Spielraum ausgeweitet werden, um damit dem Staat zu ermöglichen, in  
77 wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähiger zu sein.

78 Auf kommunaler Ebene geht der Städte- und Gemeindebund von einem  
79 Investitionsstau von 186 Mrd. Euro aus. Bundesweit wird er vom IW auf 600 Mrd.  
80 Euro beziffert. Wir machen deshalb einen neuen Vorschlag: den "Deutschland-  
81 Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen". Europäisch setzen wir uns für  
82 ein starkes Investitionsprogramm für öffentliche Infrastruktur und  
83 Wettbewerbsfähigkeit ein. Investitionen in Klima- und Umweltschutz,  
84 Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser Schienennetz haben  
85 für uns die höchste Priorität.

86 Klimageld einführen

87 Wir fordern ein Klimageld wie im V-Antrag "Klimageld einführen" beschrieben und  
88 am 16.11.2024 auf der BDK in Wiesbaden beschlossen.

89 Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung

90 Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm oder armutsgefährdet. In Armut  
91 aufzuwachsen bedeutet häufig die bittere Erfahrung von Ausgrenzung sowie eine  
92 Benachteiligung bei Wohnen, Gesundheit und Bildung. Kinderarmut in einem so  
93 wohlhabenden Land wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir brauchen eine  
94 armutsfeste Kindergrundsicherung, die die verschiedenen Leistungen  
95 zusammenführt, um einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag ergänzt und  
96 Anspruchsberechtigte unaufgefordert über die Leistung informiert. Die  
97 Beantragung soll unbürokratisch über ein digitales Portal möglich sein.

98 Gute Löhne und starke Mitbestimmung

99 Wer arbeitet, muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Gute Löhne sind  
100 die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und ein funktionierendes  
101 Sozialsystem.

102 Mit der Änderung des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der  
103 Tarifbindung werden wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.  
104 Deshalb setzen wir uns für eine höhere Tarifbindung, ein starkes  
105 Tariftreuegesetz, eine nachhaltige Erleichterung der  
106 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Kopplung von  
107 Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen und einen schrittweise  
108 steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 ein und das auch für unter  
109 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60% des Medianlohns aus  
110 der EU-Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz. Mit der Änderung  
111 des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der Tarifbindung werden  
112 wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.

113 Für Auszubildende fordern wir eine bessere Mindestausbildungsvergütung, die ein  
114 eigenständiges Leben ermöglicht. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage  
115 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die  
116 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern.

117 Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit

118 Deswegen brauchen wir verschiedene Maßnahmen, um bezahlbares Wohnen für alle  
119 Menschen zu ermöglichen: Wir brauchen endlich starke Instrumente für  
120 Mieter\*innenschutz.

121 Wir fordern eine Verschärfung der Mietpreisbremse durch die Abschaffung von  
122 Ausnahmen und eine Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Indexmieten  
123 sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen  
124 warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss  
125 streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Wir  
126 wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei  
127 Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse.  
128 Wir wollen "Housing First"-Programme gegen Obdachlosigkeit unterstützen und  
129 gemeinwohlorientiertes und ressourcensparendes Bauen fördern.

130 Wir wissen, dass Mieter\*innen ihre Rechte häufig nicht kennen oder sich nicht  
131 trauen, sie rechtlich durchzusetzen. Dagegen hilft das strengste Mietrecht  
132 nicht. Deswegen wollen wir einerseits Mieter\*innen besser über ihre Rechte  
133 aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, bei der Rechtsdurchsetzung zu  
134 unterstützen. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig nachweisen  
135 können. Vorkaufsrechte und Baugebote der Kommunen wollen wir stärken.  
136 Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser  
137 qualifiziert werden.

138 Mit einer echten Neuen Wohngemeinnützigkeit nach dem Wiener Modell sichern und  
139 schaffen wir dauerhaft sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Investitionen und  
140 Steuererleichterungen. Unser Ziel ist es, gemeinwohlorientierte  
141 Wohnungsunternehmen wie Baugenossenschaften stärker zu unterstützen.

142 Wir fordern, einen Mietestopp in angespannten Wohnungsmärkten zu ermöglichen.  
143 Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft  
144 werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern. Zudem fordern wir ein  
145 höheres Förderprogramm zur Aktivierung des Gebäudebestands durch Sanierung,  
146 Aufteilung, Aufstockung und Dachgeschossausbau, um leistbaren Wohnraum zu  
147 schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für Investitionen in Höhe von mindestens  
148 50 Mrd. für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und eine deutliche  
149 Verlängerung von Sozialbindungen ein.

150 Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter\*innen verhindern. Wir  
151 akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite  
152 ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen  
153 Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese  
154 Akteur\*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die  
155 Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht  
156 werden.

157 Eine wesentliche Ursache für die Mietpreissteigerungen der vergangenen Jahre  
158 sind auch die geringen Leerstandsquoten, denn unsere Städte wachsen und sind für  
159 alle Altersgruppen attraktiv. Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass  
160 insgesamt auch mehr Wohnraum entsteht und mehr Angebot geschaffen wird.

161 Bodenwertsteigerungen, die leistungslos durch Verbesserungen der öffentlichen  
162 Qualitäten, durch Überplanung oder einfach über die Zeit steigen, sind ein  
163 wichtiger Faktor für Mietenanstiege. Wir wollen perspektivisch Ansätze  
164 weiterentwickeln, die diese Steigerungen bremsen könnten.

165 Steuerfreiheit von Gewinnen aus Immobilienverkäufen beenden

166 Aktuell sind Gewinne aus Immobilienverkäufen nach einer "Spekulationsfrist" von  
167 zehn Jahren steuerfrei. Diese Regelung wird oft von Investoren genutzt, um auf  
168 steigende Immobilienpreise zu spekulieren und anschließend steuerfreie Gewinne  
169 zu erzielen. Dies führt zu erheblichen Steuermindereinnahmen in Höhe von  
170 schätzungsweise 6 Milliarden Euro im Jahr. Wir fordern deshalb die Abschaffung  
171 dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien.

172 Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im  
173 Immobilienbereich beenden

174 Derzeit sind Immobiliengesellschaften, die ausschließlich vermögensverwaltend  
175 tätig sind, von der Gewerbesteuer auf Mieteinnahmen befreit. Sie müssen also nur

176 Körperschaftsteuer von 15% auf ihre Gewinne zahlen, während alle anderen  
177 Gesellschaften mit anderen Einkunftsquellen durchschnittlich etwa 29% Steuern  
178 (Körperschafts- und Gewerbesteuer) zahlen. Diese Steuervergünstigung führt zu  
179 Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen, lockt stark renditegetriebene  
180 Investitionen in den Immobiliensektor und mindert die Einnahmen der Kommunen,  
181 die die Gewerbesteuer als einzige eigene Einnahmequelle haben. Wir setzen uns  
182 für die Abschaffung dieser Gewerbesteuerbefreiung bei Immobiliengesellschaften  
183 ein. Dadurch entgehen den Kommunen schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich.

184 "Share Deals" bei Immobilienkäufen verhindern

185 Durch sogenannte "Share Deals" können große Immobilienunternehmen die  
186 Grunderwerbsteuer umgehen, indem sie nicht die Immobilie selbst kaufen, sondern  
187 Anteile an Immobiliengesellschaften übertragen. "Share Deals" machten in den  
188 vergangenen Jahren in Ballungszentren sogar bis zu 30 Prozent der  
189 Immobilientransaktionen aus. Wohl rund 1 Mrd. Euro kosten diese legalen  
190 Umgehungen den Staat jährlich. Die Praxis der "Share Deals" fördert zudem  
191 Preisspekulation auf dem Immobilienmarkt und begünstigt Großinvestoren gegenüber  
192 Einzelkäufern. Eine Lösung wäre eine Reform nach niederländischem Vorbild. So  
193 würde die Grunderwerbsteuer ab einer Übernahme von wenigen Prozent einer  
194 Immobiliengesellschaft anteilig anfallen.

195 Bund-Länder-Pakt "Mentale Gesundheit"

196 Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen,  
197 insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige  
198 Zugänge zu passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben.  
199 Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal müssen  
200 finanziell gestärkt und stark ausgebaut werden.

201 Priorisiertes Vorgehen bei vermögensbezogener Besteuerung

202 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im  
203 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir GRÜNE  
204 haben gute Konzepte für eine zielgerichtete Vermögensbesteuerung, die die  
205 Vermögensungleichheit effektiv reduzieren, und die umsetzbar und gerecht sind.  
206 Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärsteuer, wie sie Brasilien  
207 im Rahmen der G20 vorgeschlagen hat. Eine fairere Erbschaftsteuer ohne Ausnahmen  
208 für sehr große Vermögen. Eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher  
209 wie "Share Deals" oder andere Steuerausnahmen für Immobilienkonzerne. Eine  
210 nationale Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen oberhalb eines Freibetrags von  
211 mehreren Millionen Euro. Bei der Besteuerung von Vermögen haben wir  
212 grundsätzlich neben den Zielen Gerechtigkeit und Gemeinwohlfinanzierung auch  
213 immer den Erhalt von Investitionsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen bei den  
214 Betriebsvermögen im Blick.

215 Wir GRÜNE möchten endlich etwas erreichen beim Angehen großer  
216 Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung. Zu lange ist trotz breiter Forderungen  
217 nichts passiert. Unsere Prioritäten sind: Der aktive Einsatz für die Einführung  
218 der globalen Milliardärsteuer. Das effektive Angehen der Ausnahmen bei der  
219 Erbschaftsteuer für sehr große Erbschaften. Das Schließen weiterer offenkundiger  
220 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem vor allem bei der Immobilienbesteuerung und  
221 beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

222 Deutschland soll sich aktiv für die Einführung der globalen Milliardärsteuer  
223 einsetzen

224 Viele Hochvermögende nutzen internationale Schlupflöcher, um ihre Steuerlast zu  
225 minimieren. Eine Mindestabgabe auf das Vermögen der reichsten Menschen der Welt  
226 würde dazu beitragen, die Finanzierung globaler Herausforderungen wie  
227 Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu verbessern, kleine und mittlere Einkommen zu  
228 entlasten und die Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Brasilien, das bis Dezember  
229 2024 die G20-Präsidentschaft hält, hat kürzlich einen Vorschlag zu einer  
230 globalen Steuer für Milliardäre bei den G20 eingebracht, um sicherzustellen,  
231 dass Hochvermögende einen fairen Anteil zur Lösung globaler Probleme beitragen.  
232 Wir GRÜNE unterstützen dieses Vorhaben und machen uns dafür stark, dass  
233 Deutschland eine aktive Rolle für die Einführung einer globalen Milliardärsteuer  
234 einnimmt. Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge gibt es  
235 in Deutschland 255 Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als einer  
236 Milliarde US-Dollar. Mögliche Einnahmen schätzt das DIW für Deutschland auf 5,7  
237 Mrd. Euro.

238 Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren

239 Wir fordern eine Erbschaftsteuer wie im V-Antrag "Für mehr Gerechtigkeit und  
240 Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren" beschrieben und am 16.11.2024 auf der  
241 BDK in Wiesbaden beschlossen.

242 Dazu gehört, dass wie Privilegien in der Erbschaftssteuer für diejenigen  
243 abschaffen wollen, die Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem  
244 Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erben und dafür heute keine  
245 Erbschaftsteuer zahlen muss. Wer hingegen zwei oder drei Immobilien erbt und die  
246 Freibeträge überschreitet, zahlt auf den restlichen Wert Erbschaft- oder  
247 Schenkungsteuer. Diese Ausnahme für Erbschaften mit 300 oder mehr Wohneinheiten  
248 ist seltsam ungerecht und sollte abgeschafft werden.

249 Gezielte Entlastungen für Haushalte mit Kindern

250 Das Ehegattensplitting fördert traditionelle Geschlechterrollen und Altersarmut  
251 bei Frauen. Es ist weder gerecht noch zeitgemäß und benachteiligt andere  
252 Familienformen gegenüber verheirateten Paaren. Wir wollen gezielte Entlastung  
253 von Familien mit Kindern, vor allem von Alleinerziehenden und ihren Kindern.  
254 Hierbei müssen insbesondere Geringverdienende entlastet werden, u.a. durch eine  
255 Steuergutschrift für Alleinerziehende.

256 Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern

257 Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen  
258 Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Dies  
259 führt zu einer Benachteiligung von Arbeitnehmer\*innen und begünstigt  
260 insbesondere Menschen mit hohem Vermögen. Wir fordern daher eine Änderung der  
261 Besteuerung von Kapitaleinkünften, um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast  
262 zwischen Löhnen und Gehältern auf der einen Seite und Kapitalerträgen auf der  
263 anderen Seite zu erreichen. Dies erreichen wir durch eine Reform der  
264 Kapitalertragssteuer und eine Überführung von Kapitalerträgen in den allgemeinen  
265 Einkommenssteuertarif. Den Sparerpauschbetrag wollen wir zur Vereinfachung und  
266 zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands beibehalten. Damit wäre  
267 sichergestellt, dass auch Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag zur  
268 Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

269 Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung von  
270 Steuerumgehung

271 Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität  
272 noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100  
273 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv  
274 Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser  
275 ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Um Vollzugsdefizite bei der  
276 Bekämpfung von Steuerkriminalität zu beheben, müssen Kompetenzen bei einer  
277 bundesweiten Ermittlungsbehörde gebündelt werden. Das Bundesamt zur Bekämpfung  
278 von Finanzkriminalität sollte deshalb auch für Steuerkriminalität in diesen  
279 Fällen zuständig sein. Die Milliarden Gewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen wir  
280 konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte Kassen  
281 und grenzüberschreitende Karussellgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei der  
282 Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass  
283 Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren  
284 ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

285 Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu  
286 umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher  
287 ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte  
288 Gesetzesänderungen verhindern.

289 Alle Kommunen handlungsfähig machen zur Abwendung der kommunalen Finanznot

290 Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die  
291 Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der  
292 kommunalen Familie schreitet voran. Konkret bedeutet das: Jede zweite Kommune  
293 sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz und wichtige soziale  
294 Veränderungen anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen  
295 ausgeglichenen Haushalt aufstellen, viele von ihnen sind in der sogenannten  
296 Haushaltssicherung und können eigenständig überhaupt keine Investitionen  
297 tätigen. Allein die Investitionsrückstände, um die kommunale Infrastruktur auf  
298 aktuellem Niveau zu halten, belaufen sich auf mittlerweile 186,1 Milliarden,  
299 weil Deutschland schon jahrelang hier so wenig investiert hat wie sonst fast  
300 kein EU-Land.

301 Damit in Zukunft alle Kommunen wieder allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen  
302 und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen können, muss sich an der  
303 finanziellen Situation der Kommunen etwas grundlegend ändern.

304 Wie auch schon in vorherigen Parteiprogrammen benannt, müssen Sozialaufgaben und  
305 weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig und im Sinne des  
306 Konnexitätsprinzips von den Ländern und dem Bund übernommen werden. Wer  
307 bestellt, der bezahlt. Aktuell nötigen die Schuldenbremse und die nicht  
308 ausgeglichenen Zahlungen im Rahmen des Konnexitätsprinzips auf Bundes- und  
309 Landesebenen die Kommunen dazu, Schulden aufzunehmen. Hier müssen sich die Länder  
310 und der Bund stärker als bisher engagieren. Die aktuell über Förderprogramme  
311 ausgeschütteten Gelder müssen zukünftig vermehrt den Kommunen direkt zur  
312 Verfügung gestellt werden. Das spart Bürokratie, vereinfacht eine zielgerechte  
313 Verwendung der Gelder und stellt eine langfristige Lösung dar. Insbesondere soll  
314 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht werden.  
315 Dazu sollte der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen erhöht werden und die  
316 Verteilung sich an dem echten Bedarf vor Ort orientieren. Die verbleibenden

317 Förderprogramme werden an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen  
318 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ausgerichtet. Damit die sozial-  
319 ökologische Transformation überall weitergehen kann, müssen hochverschuldete  
320 Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Kredite zu finanzieren. Dazu schlagen  
321 wir einen Altschuldenfonds vor.

322 Um eine bessere Analyse und eine Vergleichbarkeit der Vermögenssituation  
323 herzustellen, wollen wir die Haushalte von Kommunen, Ländern und dem Bund  
324 künftig nach den Grundsätzen der doppelten Haushaltsführung transparenter und  
325 generationengerechter gestalten.

326 Sozialverträglicher Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen

327 Deutschland hat sich bereits 2009 im Rahmen der G20-Staaten auf internationaler  
328 Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen  
329 ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Im Rahmen der  
330 G7-Staaten hat sich Deutschland verpflichtet die Abschaffung bis 2025  
331 umzusetzen. Außerdem hat sich Deutschland auch im Rahmen des Montrealer  
332 Artenschutzabkommen verpflichtet bis 2030 umweltschädliche Subventionen  
333 abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in  
334 den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit  
335 Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8  
336 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher  
337 Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große  
338 Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen  
339 profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch  
340 klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatlichen  
341 Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und  
342 Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Deutschland muss  
343 zu seinen internationalen Zusagen stehen.

344 Wir fordern daher, klima- und umweltschädliche Subventionen und weitere  
345 staatliche Begünstigungen, die Umwelt und Klima schädigen können, konsequent  
346 abzubauen. Nötig ist dabei ein Konzept, wie klima- und umweltschädliche  
347 Subventionen und weitere Begünstigungen konkret und umfassend abgebaut werden  
348 und das allen, sowohl Menschen als auch Unternehmen, Verlässlichkeit durch einen  
349 klaren Rahmen bietet. Der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen und  
350 weiterer staatlicher Begünstigungen muss sozialverträglich geschehen. Deshalb  
351 setzen wir uns dafür ein, in 2025 einen Plan für den Ausstieg aus klima- und  
352 umweltschädlichen Subventionen, seine Umsetzung bis spätestens 2030 und den  
353 Einstieg in ein besseres System sozial-ökologischer Unterstützungen vorzulegen.  
354 Für uns ist es unabdingbar, dass bei dieser Umsetzung unserer internationalen  
355 Verpflichtungen der soziale Zusammenhalt immer mitgedacht wird. Dazu gehören für  
356 uns großzügige Entlastungen, die für kleine und mittlere Einkommen mögliche  
357 Zusatzbelastungen im Vergleich zum Status-Quo ausgleichen.